

An den
Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
z. Hd. Jan Kürschner
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Flensburg, den 9. Januar 2026

Anhörung zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Entlastung von Bürokratie in der Kommunal- und Landesverwaltung (Drucksache 230/3541)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Für die Organisationen der dänischen Minderheit stellen die Minderheitenberichte der Kommunen und Kreise einen wichtigen Mehrwert für den nachhaltigen Schutz und die Anerkennung der im Land Schleswig-Holstein beheimateten autochthonen Minderheiten dar. Die Berichte sind weit mehr als eine tabellarische Darstellung minderheitenpolitischer Ansätze und Handlungen. Sie verdeutlichen Fortschritte, zeigen aber auch auf, wo auf kommunaler Ebene weiterhin Handlungsbedarfe bestehen. Somit stellen die Berichte ein wertvolles Monitoring der kommunalen Minderheitenpolitik in unserem Land dar.

Das Berichtswesen gibt den Organisationen der Minderheiten ferner die Möglichkeit der Stellungnahme und Mitwirkung. Somit wird der wichtige Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Minderheitenorganisationen und den Kommunen und Kreisen nachhaltig gestärkt und das gegenseitige Vertrauen weiter gefestigt.

Zudem gilt, dass Organisationen der Minderheiten eng in die Erstellung der Berichte eingebunden sind. Der tatsächliche Entbürokratisierungsgewinn bei Abschaffung der Berichtspflicht muss als ausgesprochen gering angesehen werden.

Dass Kommunal- oder Kreisverwaltung einmal in der Legislaturperiode über Umsetzung der eigenen Minderheitenpolitik berichten ist ein Signal der Transparenz, der Verbindlichkeit und des Respekts gegenüber den autochthonen Minderheiten und spiegelt den verfassungsrechtlich verankerten Schutz der Minderheiten im Land Schleswig-Holstein wider.

In dem eigenen Bericht - Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 20. Legislaturperiode (2022 – 2027) – Minderheitenbericht 2024 - formuliert die Landesregierung: „Für dieses Politikfeld [Minderheiten] bedeuten die regelmäßigen Berichte in jeder Legislaturperiode und die Diskussion im Parlament die Chance, in einer breiten Öffentlichkeit die angemessene Aufmerksamkeit zu bekommen.“ Diese Einordnung teilen wir nicht nur vollumfänglich, sie gilt genauso auch für das kommunale Politikfeld.

Mit freundlichen Grüßen

Sydslesvigsk Forening e.V.
gez. Lasse Rodewald

Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger e.V.
gez. Anders Kring